

Archiv

(Anstalt der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

15. SEP. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/176

Bonn, den 14. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 Berlin gehört zu Deutschland 46

Wer anders denkt, soll es offen sagen

1a Verpflichtung zur Solidarität 40

Eine halbe Million Deutsche wollen in die Bundesrepublik

2 - 3 Wir brauchen eine neue Regierung 100

Das geistige Deutschland und der 19. September

Von Walther G. Oschilewski

4 Auch Urlaub steht zur Wehl! 32

Getrübte Ferienfreuden

5 Ein Freund Deutschlands 46

Was der sozialdemokratische Außenminister Dänemarks in

Prag, Warschau und Belgrad zur deutschen Frage sagte

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 880

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Berlin gehört zu Deutschland

Wer anders denkt, soll es offen sagen

sp - Willy Brandt hat am Montag in Berlin gefordert, die vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag entsandten Abgeordneten sollten in Bonn ein größeres Stimmrecht als bisher erhalten.

Es ist nicht erstaunlich, daß sich schon wenige Stunden nach der Rede von Willy Brandt Publizisten bemerkbar machen, die mit erhobenen Zeigefinger auf die Vorbehaltsrechte der Alliierten verweisen und so tun, als hätte der Regierende Bürgermeister von Berlin ein Sakrileg begangen. Daß bei derartigen, meist juristisch verklausulierten Ablehnungen der Forderungen Brandts die schlotternde Angst vor dem Wahlausgang Pate steht, ist zu begreifen. Schließlich wird das Berliner Abgeordnetenhaus in den Fünften Bundestag 15 Sozialdemokraten, 6 Christdemokraten und einen Freidemokraten entsenden, eine Zusammensetzung der Berliner Abgeordnetengruppe, die u.U. bei der Wahl des künftigen Bundeskanzlers der SPD eine massive Mehrheit sichern würde.

- * Außerdem: Das volle Stimmrecht der Berliner Abgeordneten würde dem letzten Bürger unseres Staates deutlich machen, daß Willy Brandt
- * und die SPD bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus das stärkste Vertrauensvotum (61,4 Prozent) erhalten haben, das jemals in
- * Deutschland bei einer freien Wahl für eine Partei, bzw. deren Repräsentanten abgegeben wurde.

Gewiß, man kann sich mit juristischen Spitzfindigkeiten darauf berufen, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten "formal" von der Mitbestimmung über das Geschehen im freien Teil Deutschlands ausgeschlossen sind. Es steht aber nirgendwo geschrieben, daß der Bundestag als souveräne Vertretung des deutschen Volkes in freier Entscheidung den Vertretern Berlins nicht das volle Stimmrecht geben könnte. Auch bei der Wahl des Bundespräsidenten hat niemand den Berliner Abgeordneten das Stimmrecht streitig gemacht.

Das formale Vorbehaltsrecht der Alliierten ist in der bisherigen Praxis platonisch gehandhabt worden. Nie haben die Alliierten bisher Einspruch erhoben, wenn die Stimmen der Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag bei dieser oder jener Entscheidung mitgezählt wurden.

Hier und heute handelt es sich aber um eine politische Entscheidung, durch die in keiner Weise alliierte Interessen beeinträchtigt werden können. Im Gegenteil, die auch von den Alliierten anerkannte politische Bindung des freien Teils von Berlin mit der Bundesrepublik wird von niemandem bestritten, außer gelegentlich von den Machthabern in Pankow, die ihre Proteste aber bisher nur dann angemeldet haben, wenn der Bundestag in Berlin tagte.

Sollte jemand ernsthaft das politische Recht der Berliner Abgeordneten bestreiten, ihre Stimme voll in die Waagschale zu werfen, dann muß er es offen sagen. Er soll es laut bekanntgeben und zwar möglichst noch vor den 19. September, damit jeder Bürger in der Bundesrepublik weiß, was man von den Sonntagsreden mancher Politiker zu halten hat, die stets das Wort von der unzertrennlichen Verbundenheit zwischen der Bundesrepublik und dem freien Teil Berlins in Mande führen.

Verpflichtung zur Solidarität

Eine halbe Million Deutsche wollen in die Bundesrepublik

Der - In den Gebieten der Ostblockstaaten leben noch etwa 1,7 Millionen Deutsche. Ihr Los ist unterschiedlich. In Rumänien gibt es für die dort lebenden Siebenbürger Sachsen deutsche Schulen und Zeitungen. In der Tschechoslowakei hingegen genießen die Kinder deutscher Eltern nur stundenweise Deutschunterricht; der Prozeß der Entnationalisierung ist in diesem Lande wie auch in Polen voll im Gange. Viele tausende Kinder deutscher Eltern vermögen sich nur unvollkommen in ihrer Muttersprache auszudrücken, ihnen bleibt der Zugang zur Kultur unseres Volkes verschlossen; sie sehen die Welt durch eine Brille, die nicht die ihre ist.

Minderheitenrechte, vor dem Zweiten Weltkrieg in vielen zwischenstaatlichen Verträgen verankert, gelten für diese Deutschen nicht. Sie werden ihnen verweigert. Die Staaten, in denen sie leben, lassen sie dafür büßen, daß sie Deutsche sind; sie gehören zu jenen unglücklichen Menschen, die die schwerste Last des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen zu tragen haben. Sie gelten nicht als vollwertige Staatsbürger, der Zugang zu Staatsämtern bleibt ihnen verwehrt, sie sind Fremde auf angestammtem Boden, sie stehen als Parias auf der untersten Stufe von Staat und Gesellschaft, sind diskriminiert und haben keine Aussicht, Gleichwertigkeit zu erreichen. Sie leiden stellvertretend für uns alle.

Über eine halbe Million von diesen Deutschen haben Anträge auf Aussiedlung in die Bundesrepublik gestellt. Sie wollen und können sich nicht mit ihrem Los abfinden, sie wollen, daß ihre Kinder Schulen ihrer Muttersprache besuchen, daß sie im Leben weiterkommen und ihnen nicht verwehrt wird, worauf sie Anspruch haben: auf die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Menschenrechte. Diese sind unabdingbar und kein Handelsobjekt.

Gewiß, auf dem Wege der Familienzusammenführung ist vieles geschehen und wurde viel Leid gemildert, wurde zusammengefügt, was zueinander gehörte. Einige Ostblockstaaten bewiesen großes Verständnis und bereiteten besonders in den letzten Jahren keine Schwierigkeiten. Noch immer treffen Aussiedlergruppen in Friedland ein, sind am Ziel ihrer Wünsche angelangt. Aber eine halbe Million wartet noch auf die Erledigung ihrer Anträge, hofft auf Solidarität und Menschlichkeit. Sollen sie vergeblich an die Türen klopfen?

Für die deutsche Diplomatie eröffnet sich ein weites Betätigungsfeld. Die Bundesrepublik legt Wert auf die Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Ostblockstaaten; hier wurde manches Zukunftsweisende getan. Doch diese begrüßenswerten Kontakte, unerlässlich für den Brückenschlag zwischen Ost und West, bedürfen der Ergänzung durch die Besserung der mitmenschlichen Beziehungen. Das hat mit Nationalismus nichts zu tun. Es entspringt der Verpflichtung zur Solidarität, der sich keine deutsche Regierung entziehen darf.

Wir brauchen eine neue Regierung

Das geistige Deutschland und der 9. September

Von Walther G. Oschilewski

Wie immer man diesen Walkampf zum Bundestag und damit für eine neue Bundesregierung in seinen einzelnen Phasen auch beurteilen mag - eine der auffälligsten Erscheinungen ist das politische Engagement der geistigen Kräfte der jüngeren Generation unseres gespaltenen Landes. Schon allein die Tatsache, daß namhafte Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler - vom amtierenden Bundeskanzler mit prononciertem Ungeschmack "Pinscher", "politische Clowns", "falsche Propheten und Rattenfänger" geheißen - zum ersten Male seit dem Zusammenbruch der Hitler-Barbaronei den "elfenbeinernen Turm" der politischen Interesslosigkeit verließen, ist bemerkenswert. In breiter Front suchten sie für eine Sache zu sprechen, die sie für gut halten.

Das öffentliche Bekenntnis der Intellektuellen wäre auch dann begrüßenswert und beispielgebend, wenn die Parteinahme anders ausgefallen wäre. Daß Günter Grass und Rolf Hochhuth, Hans Werner Richter und Ingeborg Bachmann, Martin Walser und Walter Jens, Siegfried Lenz und Axel Eggebrecht, der Verleger Klaus Wagenbach und Hans Werner Henze, einer der auch international erfolgreichsten Komponisten der jungen Generation, der SPD intellektuelle Wahlhilfe leisten, entspricht der Einsicht einer Alternative zur derzeitigen Exekutive: wir brauchen eine neue Regierung.

Diese Engagierten und mit ihnen viele Angehörige der jungen und mittleren Generation meinen, daß die herrschende Regierungspartei sich in ihrer Machtausübung verbraucht habe. Das Unbehagen an der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation resultiert aus der Erfahrung, daß die Demokratie nicht zu funktionieren scheint und es an der Zeit wäre, eine neue Balance zwischen Macht und Freiheit herzustellen. Der "Wohlstand" allein macht es eben nicht.

Diese eklatante Fehl- und Rückentwicklung unserer jungen demokratischen Ordnung zum "Biedermeier" muß aufgehalten und das Heute und Morgen mit neuen, unverbrauchten Kräften planvoll organisiert werden. Unter Konrad Adenauer hat man in Bezug auf seine staatspolitische Alleinherrschaft von einer Kanzlerdemokratie gesprochen, ein Schlagwort, sicherlich, das zutreffendes unzulänglich ausdrückte. Auf Adenauer folgte Ludwig Erhard, der sich selber zum "Volkskanzler" ernannte und doch wohl ein wenig überheblich die heutige Wohlstandsgesellschaft als sein urchigenstes Verdienst proklamiert.

Man sagt man: schön und gut, daß die jungen Leute sich als politisch mündig und denkende Bürger etablieren - aber wozu die einseitige parteipolitische Bindung? Abgesehen davon, daß es den Engagierten doch wohl überlassen bleiben muß, für welche Partei sie optieren, sollte man die Zivilcourage, sich - unbeschadet der direkten und indirekten Verunglimpfung und Sabotage - in aller Öffentlichkeit zu bekennen, als eine anscheinend nichtmehr übliche Tugend begrüßen. Gerade die merkwürdige Scham vieler Menschen, als Parteigänger angesehen zu werden, ist doch ein betrübliches Zeichen der Respektlosigkeit und Intoleranz in unserer heutigen Gesellschaft.

Auf der anderen Seite haben Erkennen und Bekennen der intellektuellen Kräfte im Bereich der sozialen Bewegung seit eh und je eine

dominierende Rolle gespielt. Viele bedeutende Köpfe der Sozialdemokratie waren Akademiker, geistige Arbeiter und entstammten dem Bürgertum. Denn nicht die Herkunft ist entscheidend, sondern das Bewußtsein. Es ist nicht zufällig, daß das Dreigestirn Marx, Engels, Lassalle von der Philosophie zu ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe gekommen ist. Die deutschen Sozialisten des 19. Jahrhunderts waren stolz darauf, geistig von Kant, Fichte, Hegel abzustammen.

Das entscheidende Problem in der fortschreitenden Entwicklung ist aber dabei, nicht nur die Welt philosophisch zu interpretieren, wie es in den Thesen über Feuerbach von Karl Marx aus dem Jahre 1845 steht, sondern sie zu verändern. Dieses Problem stellt sich auch heute noch. Zweifellos ist über diese alte marxistische Erkenntnis hinaus die Anziehungskraft für die staats- und gesellschaftspolitischen Bestrebungen der heutigen SPD gewachsen. Soll man ihr zum Vorwurf machen, daß sie unzeitgemäßes über Bord warf und sich als eine moderne, das heißt, einer veränderten Welt angepaßte progressive Partei zu betätigen sucht? Der bis zur Perfektion ausgebildete politische und philosophische Pragmatismus Amerikas und Englands ist auch auf die geistigen Vorstellungen der SPD nicht ohne Einfluß geblieben.

Dem aufmerksamen Beobachter des "ideologischen" Wandels dieser großen Volkspartei bleibt natürlich nicht verborgen, daß die derzeitige intellektuelle Wahlhilfe der jungen Generation für die SPD nicht gleichzeitig eine absolute Übereinstimmung mit allen ihren Vorstellungen und Zielen bedeutet. Einzelgänger sind schwer "organisierbar", aber es ist doch wohl so, daß auch bei ihnen die Einsicht Platz greift, daß man Unzulänglichkeiten dieser Massengesellschaft nur mit starken kollektiven Zusammenschlüssen erfolgreich begegnen kann.

Diese simple Wahrheit bestirnt das derzeitige politische Engagement unzähliger einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen, die bisher der SPD fernstanden und sich auch nicht für alle Ewigkeit parteipolitisch binden wollen. Auch die Geschichte ist, nicht zuletzt zu ihrem Ruhme, reich an Beispielen einer freimütigen Stellungnahme bedeutender Geister zu Irrwegen, Unterlassungssünden und Fehlentscheidungen der Regierenden. Der "Sturm und Drang"-Dichter Christian Friedrich Daniel Schubert erhob in seiner "Deutschen Chronik" Anklage gegen die Despotie der Duodezfürsten. Max denkt an Uhland, Heine, Freiligrath: 1848 und 1916 gingen die Dichter und Künstler auf die Barrikaden. Leo Tolstois Protest gegen die steigende Terrorwelle unter der Regierung Stolypins erschien als Leitartikel unter dem Titel: "Ich kann nicht schweigen" in zahlreichen Blättern der Welt, Emile Zola wandte sich mit seinem "J'accuse" gegen das empörende Justizverbrechen an Alfred Dreyfus und Thomas Mann trat 1932 im offenen Kampf gegen die Nazis für die SPD ein.

"Mit großen Worten und Veräberungen versuchen die Regierungsparteien von ihrer Erschöpfung abzulenken. Kritik werde verhöhnt und als lästig empfunden", heißt es in dem am vergangenen Freitag veröffentlichten Aufruf zur Bundestagswahl von 62 namhaften Vertretern unseres geistigen Lebens, unter ihnen Fritz Kortner, Tilla Durieux, Hans Scholz, Ernst Schröder, Kasimir Edschmid, Erwin Piscator, die Professoren Max Born und Wilhelm Weischedel. Ihr mutiges Plädoyer für eine Regierung der Sozialdemokraten ist bezeichnend für die Unsicherheit im politischen Leben der Bundesrepublik. "Falsche Propheten und Rattenfänger". Herr Erhard?

Auch Urlaub steht zur Wahl!

Getrübte Ferienfreuden

sp - Der letzte Urlauber sieht in diesen Tagen den nahenden Feriende mit leiser Wehmut entgegen: die schöne Zeit des Sommerurlaubs ist vorbei - der graue Alltag beginnt wieder. Bald wird der Koffer wohlverpackt auf dem Boden stehen. Bis zum nächsten Jahr...

Vorbei die Tage des Ausruhens. Vorbei die Tage des Badens. Vorbei die Tage der frischen Frühstückbrötchen.

Gewiss: die Tage waren schön. Aber die Brötchen, zum Beispiel, hatten doch einen etwas bitteren Nachgeschmack: sie waren in vielen bundsdeutschen Pensionen teurer als im letzten Sommer. Doch nicht nur die Brötchen waren im Preis gestiegen. Teurer waren auch Obst und Gemüse, Butter und Fleischwaren und - manchmal sogar die Kurtaxen.

Millionen haben in diesen Tagen Kassensturz gemacht und die Bilanz des Urlaubs gezogen. Ergebnis: der Urlaub wird von Jahr zu Jahr teurer. Manches ist unerschwinglich geworden.

Wie soll das erst im nächsten Jahr werden? Kann man sich dann überhaupt noch etwas leisten? Wird man überhaupt noch in die Ferien fahren können? Wohin? Wie lange? Wie unendlich teuer wird denn alles sein? In welchen Kur- und Ferienorten läuft die Mark am schnellsten davon?

Fragen über Fragen. Aber: es gibt eine klare Antwort. Sie heißt: Am 19. September zur Wahl gehen. Denn auch der nächste Urlaub steht zur Wahl. Wer seinen nächsten Urlaub gesichert wissen will, der sollte die Partei wählen, die für stabile Preise eintritt und die seit eh und je für längeren Urlaub und für zusätzliches Urlaubsgeld sehr viel übrig gehabt hat. Millionen wissen es: Urlaubsgeld erschließt die Welt! Wer genügend Zeit und genügend Geld für seine Ferien hat, der tut zugleich viel für seine Gesundheit. Urlaubspläne für den nächsten Sommer macht man schon in diesem Herbst. Man macht sie schon im September. Zum Beispiel: am 19. September. Man macht sie mit zwei Kreuzer auf dem Stimmzettel. Man wählt SPD.

Ein Freund Deutschlands

Was der sozialdemokratische Außenminister Dänemarks in
Prag, Warschau und Belgrad zur deutschen Frage sagte.

sp- Der dänische Außenminister Per H a e k k e r u p ist von seiner dreiwöchigen Reise nach Prag, Warschau und Belgrad zurückgekehrt. Er traf in der Tschechoslowakei mit dem Ministerpräsidenten Benard und dessen Außenminister David zusammen. Seine Gesprächspartner in Warschau war Außenminister Rapacki. In Jugoslawien schließlich führte Haekkerup am Ende seiner Ostblockreise Besprechungen mit Staatschef Tito und Außenminister Nikezic. Die Außenminister der drei Staaten werden in absehbarer Zeit nach Kopenhagen kommen.

An Rande der Gespräche wurde auch erörtert, inwieweit die Ostblockstaaten bereit sind, auf der Herbstsitzung der Vereinten Nationen in New York den Vorschlag, Per Haekkerup zum neuen Präsidenten der UNO-Vollversammlung zu machen, zu unterstützen. Nach dem Modus haben die Europäer und da zuerst die Skandinavier einen gewissen Anspruch, den Präsidenten der nächsten Sitzungsperiode zu stellen. Hauptgesprächsstoff zwischen Haekkerup und den Politikern des Ostblocks waren die Verbesserungen der Handelsbeziehungen und die Auflockerung des politischen Klimas, das nach dem letzten Kriege ein wenig kühl geworden war. Handelsverträge wurden unter Dach und Fach gebracht. Die internationale Lage wurde erörtert; es ging um die Frage der militärischen Entspannung in Europa.

Für die Bundesrepublik ist von besonderem Gewicht, mit welcher Vehemenz sich der sozialdemokratische Politiker Haekkerup in Prag, Warschau und Belgrad für die Sache der Deutschen verwendet hat. Haekkerup hat sich als nobler Freund der Deutschen gezeigt. Seine Äußerungen belegen das.

* In P r a g sagte er wörtlich: "Weder bei Mitgliedern der jetzigen Bundesregierung noch bei der deutschen Sozialdemokratie bin ich auf revanchistische Gedanken gestoßen. Die Erfahrung legt uns natürlich Vorsicht auf, aber wir müssen uns zugleich vor Mißtrauen hüten, das, wenn es übertrieben wird, zu einem Hindernis für die Zusammenarbeit und Freundschaft werden kann, die wir zwischen allen Nationen wünschen, auch zwischen Nationen, die in der Vergangenheit einander feindlich gegenüber standen."

* In W a r s c h a u erklärte Haekkerup: "Die Selbstbestimmung der Deutschen im Rahmen freier gesamtdeutscher Wahlen ist die einzige Lösung des gesamtdeutschen Problems. Es ist undenkbar und wohl das größte Risiko für die europäische Sicherheit, wenn Deutschland auf lange Sicht geteilt bleibt. Ich weiß nicht, was im Falle der Selbstbestimmung aus dem werden wird, was hier die Deutsche Demokratische Republik genannt wird."

In der gleichen Richtung hat sich Per Haekkerup in Jugoslawien geäußert. Auch hier trat er in aller Öffentlichkeit für die Bundesrepublik Deutschland ein. Man erörterte auch die Pläne für eine Reduzierung und Beseitigung der Atomwaffen in Zentraleuropa, wobei Haekkerup ausdrücklich darauf hinwies, das sei nur möglich, wenn die Sowjetunion ihre starken konventionellen Streitkräfte gleichzeitig erheblich vermindere.